

Die parlamentarische Lage.

Nachdem die Mehrheit im deutschen Reichstage die von der Regierung für unannehmbar erklärte Körnungsteuer angenommen, die Erdölsteuer, die von der Regierung als unerlässlich für die Finanzreform bezeichnet worden ist, abgelehnt hat, ist die schon seit einiger Zeit verworfene parlamentarische Lage außerst schwierig geworden. Halsamtlich ist aus dem Reichskanzlerpalais erklärt worden: Es würde den Tatsachen nicht entsprechen, wollte man in Abrede stellen, daß das Ergebnis der Verhandlungen im Reichstag einen

tiefen Eindruck auf den Reichskanzler gemacht hat, und es wäre ebenso falsch, leugnen zu wollen, daß dieser Tag ohne Bedeutung bleiben könnte für die persönlichen Entscheidungen des Fürsten v. Bülow. Man muß sich aber anderseits dazu, zu glauben, daß der Kanzler aus diesem Tage allein bereits Folgerungen für seine Aktion ziehen werde. Dem steht die einfache Tatsache gegenüber, daß die Finanzreform ja doch nicht aus der Erdölsteuer allein besteht. Diese bildet, wie man nicht vergessen darf, nur einen Teil des großen Ganzen, allerding einen Teil, für dessen Zustandekommen der Fürst, wie aller Welt bekannt ist, auf das wärmste eingetreten ist. Es bleiben noch

eine ganze Reihe von Steuerplänen

übrig, an deren weiterer Behandlung er auf das lebhafteste interessiert ist. Hat er doch sein Hehl daraus gemacht, daß er manchen dieser Pläne schädlich für Handel, Gewerbe und Industrie erachtet, und er bat sie dementsprechend bekämpft. Der Kanzler würde es deshalb von seinem Standpunkt aus im Interesse des Reichs gar nicht verantworten können, wenn er vor dem Abschluß der Reichsfinanzreform sich von den Geschäftsmännern zurückziehen wollte,

nach dem Abschluß der Verhandlungen wird dann für die Entscheidungen des Kanzlers maßgebend sein einmal, ob die Finanzreform überhaupt zustande gekommen ist, und weiter, wie sie zustande gekommen ist. Was der Fürst dann zu tun gedenkt, kann man leicht den Ausführungen entnehmen, die er dem Reichstag in seiner jüngsten Rede gemacht hat.

Vie im Inlande, so hat auch im Auslande das Ergebnis der Verhandlungen über die Erdölsteuer ein lebhaftes Interesse wachgerufen. Englisches und französische Blätter wollen aus gutunterrichteter Quelle wissen, daß Fürst Bülow unbedingt

den Reichstag auflösen

werde. Wenn man die Lage betrachtet, will es allerdings scheinen, als ob die parlamentarische Krise nur eine zweifache Lösung zulasse: Entweder der Reichskanzler-Abgang oder die Auflösung des Parlaments. Ob aber auf diese Weise das große und notwendige Werk der Reichsfinanzreform gefördert wird, ist zweifelhaft. Man weiß, daß Fürst Bülow so leicht nicht die Klinke ins Horn wirkt. Er wird — das hat er mit aller Bestimmtheit erklärt — die Verteilung der Geschäfte niederlegen, wenn er sich überzeugen möchte, daß ihm eine Politik zugemutet wird, die er vor dem Lande nicht vertreten kann. Noch aber ist es nicht so weit. Noch gibt es Mittel und Wege zur Verständigung mit der Mehrheit; denn der Rest der Befürworter hat noch der Geduld. Es ist möglich, daß der Kanzler sich mit diesem Rest begnügt und in der Bewilligung dieser Steuern eine Lösung der Krise erblickt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichskanzler Fürst v. Bülow hat sich nach Nied abgehoben, um dem dort weilenden Kaiser Wilhelm Vorzug über die innere Lage zu halten.

Die jüngste Rede, die Kaiser Wilhelm in Hamburg gehalten hat, ist besonders von den Londoner Blättern eifrig besprochen worden. Am bemerkenswertesten sind die Ausführungen des 'Daily Telegraph,' die in den

Wandlungen des Glückes.

21 Roman von Luise Voigt.

Fortschreitung.

Doch hatte sie ihr Schicksal nicht verdient? Dachte sie vielleicht anders kommen können? Hatte sie vielleicht geglaubt, daß er, der ihr einst sein glühendes Junglingsherz schenken wollte, durch ihre Abweitung so schwer getroffen ward, daß keine neue Liebe ihn erfüllen könnte?

Ein leises Sichnen entrang sich Beras Brust. Ein einziger Gedanke beherrschte nur ihr Änneres: Fort, um jeden Preis fort aus seiner Nähe, weit weg von dem Ort, wo er mit seinem angeborenen Weibe leben wird. Aber wohin, Gott, wohin? Hier hatte sie an der Seite des Bruders eine Freiheit gefunden; hier hatte sie Arbeit, die Sorge um das tägliche Brot war hier gebannt, — sie mußte nun alles verlassen und allein in der Fremde ein neues Heim suchen.

Träne um Träne verließ aus ihren Augen und ihre Hand zitterte so heftig, daß es ihr kaum möglich war, die Feder zu halten, und doch mußte sie schreiben. Sie hatte auf ihrem Tische so viele Briefe vorgefunden, die erledigt werden mußten, da durfte sie sich ihren eigenen Gedanken nicht hingeben: zuerst kam die Pflicht und dann erst ihr eigenes Gefühl.

Und Nora deutete sich über den Schreibstisch und nahm, wenn auch anfangs mechanisch, Blatt um Blatt in die Hand; bald aber flog die Gemüthe, und die erste Beschäftigung tröstete sie, wenigstens für einige Stunden, ehem trüben Sinnem.

Worten gipfelten: „Was an des Nees Neben für uns sowohl wie für die ganze zivilisierte Welt von allerhöchstem Interesse ist, ist die Auslegung, die er seiner Zusammenkunft mit dem Kaiser gibt. Was man auch von der deutschen Außenpolitik der letzten Jahre denken mag, so wird doch kein Mensch die absolute Ausrichtigkeit sowohl der Worte des Kaisers als seiner friedlichen Absichten in Frage stellen. Aber leider, wenn man das Kaisers Worte, die seine Zuhörer mit begeisterten Beifall begleiteten, mit kaltem Blute liest, so können sie einem nicht helfen gegen jenes Gefühl eines drohenden Verhängnisses, das gerade in den letzten Tagen in England häufig Gegenstand der Debatte gewesen ist.“ (Gemeint ist der schnelle Ausbau der deutschen Flotte.)

Der Bundestag hat den Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark betr. den gegenseitigen Schutz des Muster und Modelle, die Zustimmung erteilt.

Die Finanzkommission des Reichstages beschloß außer der Erhöhung des Stempels auf Wertpapiere noch mehrere Erhöhungen des Postenzinses auf Stempeln.

Der preuß. Landtag ist am 25. d.

Frankreich.

Der Stern des Ministeriums Clemenceau sinkt. Bei einer Debatte über die Zustände in der Marine wurde die Regierung mit Vorwürfen überhäuft, so daß sich Clemenceau endlich veranlaßt sah, die Vertrauenfrage zu stellen. Wur sprach ihm die Kammer das Vertrauen aus, aber nur mit der knappen Mehrheit von 14 Stimmen.

England.

Die liberale Partei, aus deren Reihen das jüngste Ministerium hervorgegangen ist, sieht sich infolge der neuen Finanzgesetzentwürfe vor einem schweren Kampf mit ihren Gegnern gestellt. Sie hat deshalb beschlossen, eine ganze Schar von Rednern in das Land hinauszufinden, um für das Finanzprogramm der Regierung zu wirken. Zu gleicher Zeit soll der Kampf gegen das Oberhaus geführt und das Publizum mit dieser Frage vertraut gemacht werden.

Italien.

Die Deputiertenkammer hat in geheimer Abstimmung das Budget des Ministeriums des Auswärtigen mit 207 gegen 54 Stimmen angenommen und damit zu erteilen gegeben, daß sie die von der Regierung vorgeschlagene Vermehrung der Flotte und die Verstärkung des Heeres zugetheilt.

Holland.

Die durch die Neuwahlen geschaffene Regierungsmehrheit wird zunächst folgende Gesetze erledigen: Einführung der Zwangsversicherung und einen neuen Schuhzoll, der die Preise vieler Verbrauchsartikel in die Höhe treiben wird.

Österreicherstaat.

Die blutige Verfolgung aller Regierungsgegner wird in der Türkei fortgezeigt. In den letzten Tagen hat Sultan Mohammed sechzehn neue Todesurteile des Konstantinopeler Kriegsgerichts bestätigt. In Konstantinopel wird erzählt, daß seit dem Antritt des neuen Sultans 200 Anhänger Abd ul Hamids hingerichtet worden seien.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstage begann am Donnerstag die Beratung der Erdölsteuer-Novelle. Die Kommission hatte Abstimmung der Vorlage mit 14 gegen 14 Stimmen beantragt. Mit der Beratung des § 1 wurde die des § 9 a mit den dazu vorliegenden Abänderungsanträgen Raab und Gräß (wirch. Bgg.), die eine Erhöhung der Steuerzage betreffen, sowie mit dem Antrage Albrecht (soz.), dessen weitergehende Forderungen sich auf landwirtschaftliche Grundstücke und Aufhebung der Steuerfreiheit der Landesfürsten reichten, und ferner mit dem Antrage Kampf (freil.), betr. Bindung der Steuerzage darin, daß eine fiktive Abänderung der Sätze nur in den Formen einer Verfassungsänderung vor sich gehen kann, verbunden. Nach Erörterung des Vertrags über die Kommissionsverhandlungen durch Abg. Gräß sprach der Abg. Frtz. v. Richthofen

(sond.), der es als eine Verdächtigung hinstellte, wenn behauptet werde, die Konservativen hätten die Abstimmung der Reichskanzler zu fördern. Die heutige Abstimmung sei nicht nur eine Prinzipien-, sondern eine Gewissensfrage für jeden einzelnen. Seine Freunde hätten auch den Besitz bewahren wollen und unter ihren Vorschlägen befanden sic viele, die auch den Grundstein trafen. Eine Fraktionzwang habe die konserватiv Partei nicht eingehabt, es könne bei ihr ein jeder stimmen, wie er will. Mit großer Mehrheit müsse sie aber gegen das Gesetz stimmen. Staatssekretär Sudow betonte nochmals, die Regierung könne ihren Standpunkt nicht aufgeben. Eine allgemeine Beifahrer müsse sie haben, und da eine Erdölsteuer nicht erhaltbar sei, sei die Erdölsteuer unerlässlich. Abg. Sieg (ann. lib.) gab die Erklärung ab, keine politischen Freunde würden geschlossen für die Vorlage eintreten. Abg. Fürst Hatzfeld (freil.) erklärte, bis auf wenige Ausnahmen würden keine Freunde für die Erdölsteuer stimmen. Sollte sie aber fallen, so würden seine Freunde ihre ganze Kraft entfalten, um die Finanzreform auch ohne die Erdölsteuer zustande zu bringen. Abg. Frtz. v. Hartling (zentr.) wandte sich namentlich gegen die Besteuerung der Erdölsteuer an Ehegatten und Kinder. Abg. David (soz.) begründete die Anträge seiner Partei, die die beträchtlich höheren Sätze der englischen Erdölsteuer erstreben und forderte im Falle der Ablehnung der Erdölsteuer, Abg. Müller-Meiningen (soz. lib.) wandte sich mit lebhaften Angriffen gegen Zentrum und Konservativen und betonte für seine Fraktion, daß mit der Annahme oder Ablehnung der Erdölsteuer die ganze Finanzreform siehe oder falle. Es wurden noch die Abg. Heim (zentr.) und Gattmann (wirch. Bgg.). Letzterer erklärte, trotz schwerer Bedenken werde der größte Teil seiner Fraktion für die Erdölsteuer stimmen. Die Worte müssten: Rationierungs- und Erdölsteuer. Damit schloß die Beratung. Die Abstimmungsergebnisse wurden abgelehnt. Der anschließende § 9 a, der die Steuerpflichtigkeit des Gatten- und Kinderbetriebes festlegen sollte, wurde mit 194 gegen 186 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Kampf auf Einführung einer verfassungsmäßigen Garantie gegen eine weitere Erhöhung der Erdölsteuer wurde zurückgeworfen. Der Rest des Gesetzes wurde abgelehnt. Damit ist die Erdölsteuer gefallen. Eine dritte Sitzung findet nicht statt.

Am 25. d. wird die zweite Beratung der Finanzreform bei der Novelle zum Stempelsteuerergänzungsvorlage.

Berichterstatter Graf Westarp (sond.) macht kurze Mitteilungen über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen: Die Kommission hat, in der Hauptrunde in Anlehnung an ihre früheren Beschlüsse, den von der Regierung vorgeschlagenen einheitlichen Stempel auf einhalb Prozent erhöht, unter Freilassung der kleinen Umsätze die beauftragten Grundstücke bis zu 20 000 Mk. bei unbefeuerten bis zu 5000 Mk. mit gewissen Befreiungen; ferner einen halbprozentigen Stempel auf Weinbaukommission, der in 20jährigen Perioden zu entrichten ist und in eine Tilgungskrete umgewandelt werden soll.

Abg. Bassermann (nat.-lib.): Ich habe eine kurze Erklärung abzugeben. Die gestrige ablehnende Entscheidung hat Bedeutung für die noch weiter zur Verhandlung kommenden Vorlagen. Um so mehr Bedeutung, als die verbündeten Regierungen wiederholt die Erklärung haben abgegeben lassen, daß die Besteuerung der Erdölsteuer an Kinder und Ehegatten ein unentbehrlicher Bestandteil der Finanzreform sei. Wir sind der Meinung, daß die Regierungen zur

Auslösung des Reichstages schreiten müssten. Die Konservativen und das Zentrum sind ja jetzt in der Lage, weiter zu beschließen, was sie wollen. Wir werden sie in ihrem Siegeslauf nicht hemmen. Wir halten an unserer Ansicht fest, daß eine Heranziehung allein des mobilen Kapitals nicht zulässig ist, daß vielmehr eine allgemeine Verhinderung notwendig ist. Diese Voraussetzung ist aber nicht mehr für uns vorhanden, nachdem Sie gestern die Erdölsteuer abgelehnt haben. Wir sind daher nicht mehr in der Lage, diese Finanzreform zu bewältigen und werden alles ablehnen.

Abg. Winter gibt namens der freireligiösen Christengemeinde eine ähnliche Erklärung ab.

Abg. Spahn (zentr.): Ich muß den Ausdruck zurückweisen, den der Abg. Bassermann und gegenüber gebracht hat. Wir haben gestern

nicht Rache genommen.

Wir haben gestern aus rein sachlichen Erwägungen gehandelt.

Abg. Raab (wirch. Bgg.) erklärt, daß auch seine Freunde den Umlaufstempel für Grundstücke und Freunde der Erdölsteuer seien; aber daß man deshalb seine ganze Stellung zu den direkten Steuern ändere, und ablehne, was man noch kurz zuvor befürwortet habe, das würde draußen in dazugehörigen Kreisen nicht verstanden werden.

Sobald als möglich!

Nun dann, liebe Nora, nehme ich morgen gleich auf einen Tag Urlaub, fahre nach Seelendorf und melde dort meine Ankunft. Bis du damit einverstanden?

„Bald, lieber Bruder, je eher ich von hier fort komme, um so lieber ist es mir.“ Nora sprach die leichten Worte hastig und mit lächelndem Gesicht, so daß Leo unwillkürlich aufblickte.

„Weiß Herr Brenner bereits, daß du auf längere Zeit verzetteln willst?“

„Morgen, wenn du fort sein wirst, will ich ihm davon Mitteilung machen und ihm gleichzeitig meinen Dank für die Stelle sagen, die ich hier im Kabinett bekleidet habe.“

„Du willst also deinen Posten ganz aufgeben?“ fragte Leo. Seine Schwester nickte.

„Du sollst vollkommen recht, liebe Nora, und ich freue mich herzlich deines Entschlusses.“ fügte der junge Mann fort, indem er seiner Schwester die Hand reichte, „jetzt, wo ich bald mein eigenes, trautes Heim haben werde, sollst du nicht länger für Fremde arbeiten. Im Hause und in der Familie deines Bruders ist der Platz, wohin du gehörst. Wie hocherfreut wird Wilma durch diese Nachricht sein! Einer ihrer schenktiesten Wünsche geht damit in Erfüllung.“

Nora sah ihren Bruder in dem Bahn, daß sie auch in Zukunft in seinem Dienste bleibende werde; in ihrem Innern jedoch hatte sie sich bereits ihren künftigen Lebensweg genau vorzeichnet. Dieser führte aber in ganz andre Gebiete; er leitete sie weit weg davon, in die Fremde, in die weite Ferne!

Abg. David (soz.): Ich könnte eine gleiche Erklärung abgeben wie die Nationalliberalen und Freiheitlichen. Unsre Stellung ist aber klar, vor allen Dingen zu den indirekten Steuern. Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um anzufügen, ob denn die Regierung keine Erklärung abgegeben hat.

Damit ist die Aussprache beendet.

Es erfolgt die namentliche Abstimmung über die Erhöhung des von der Regierung vorgeschlagenen Stempelzolls auf 1½ Prozent. Von 326 abstimmenden Mitgliedern stimmen 174 für, 151 gegen. Die Kommission hat die erneute Stempelhebung beschränkt auf die Umlaufszeit über drei Monate hinweg.

Staatssekretär Sudow bittet um Wiederholung der Regierungsvorlage, weil sonst der finanzielle Effekt zum größten Teile vernichtet würde.

Abg. Kämmerer (soz. lib.) bittet, jede Erhöhung des Wechselzolls, auch in der von der Kommission beschlossenen Wehrdurchführung, abzulehnen.

Abg. v. Gömöri (freil.) tritt für die Kommissionsbeschluß ein.

Hieraus wird die Vorlage mit der von der Kommission vorgeschlagenen Änderung gegen Linke und Polen angenommen.

Es folgt die Beratung der Kommissionsbeschluß.

Abg. Raffee und Tezoll.

Abg. Röhl (soz. lib.) erklärt als Berichterstatter über die Kommissionsverhandlungen, es handele sich um einen Initiativ-Antrag der Konservativen, der von der Kommissionsmehrheit zum Beschluss erhoben sei. Der Zoll auf rohen Kaffee soll von 40 auf 60 Pf. erhöht werden; für gebrauchte und gehandelte Kaffee auf 20 Pf. Der Teezoll von 25 auf 100 Pf. für den Doppelzett.

Die Abg. Bachofen (fr. Bgg.), Mörsenbucht (soz. lib.), Semler (nat.-lib.) und Gottheim (fr. Bgg.) erklären sich gegen die Kommissionsbeschluß während die Abg. Spahn (zentr.) und Frtz. v. Gömöri (freil.) unter Empfehlung der Kommissionsbeschluß, einen bevorstehenden Rückgang des Kaffees oder Tees zu verhindern.

Auch Abg. Röhl (soz. lib.) meint, die Behauptung, daß hande es sich hier um Wahrnehmung agrarischer Interessen. In den meisten Ländern sei der Teezoll höher als bei uns.

Selbst wenn der Teezoll den Inlandssatz steigen würde, würde ein Kontumaz nicht zu befürchten sein.

In namentlicher Abstimmung wird darauf der Kaffeezoll mit 187 gegen 154 Stimmen bei sieben Abstimmungen angenommen. Ebenso der Teezoll.

Es folgt der Kommissionsbeschluß.

Besteuerung der Betriebsmittel mit 186 gegen 160 Stimmen angenommen.

Abg. Weber (nat.-lib.) bittet, die Steuer abzulehnen. Die Kontrolle würde das ganze Betriebszünd aufzuzeigen.

Abg. Bagger (zentr.) erläutert, daß hande es sich hier um Wahrnehmung agrarischer Interessen. In den meisten Ländern sei der Teezoll höher als bei uns. Selbst wenn der Teezoll den Inlandssatz steigen würde, würde ein Kontumaz nicht zu befürchten sein.

Abg. Severtius (soz.) kommt dem Vorredner und dem Kollegen Weber nur Recht geben. Diese Steuer trifft weniger den großen Fabrikanten, als den kleinen Fabrikanten, den kleinen Händler und die Arbeiter.

Abg. Spahn (zentr.) kommt dem Vorredner und dem Kollegen Weber in jedem Vertrage zu.

Abg. Graf Westarp (soz. lib.) tritt für die Steuer ein, wogegen Abg. Kunz (fr. Bgg.) sie befürwortet. Ministerialdirektor Kühn hält die gehandelten Bedenken nicht für wichtig.

Abg. Bruhn (Rhein.) erklärt sich gegen die Steuer und ebenfalls für den Antrag Weber.

Abg. Kämmerer weiterer Ausdruck, hauptsächlich Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Bagger und Müller-Meiningen schließen die Debatte.

In namentlicher Abstimmung wird die Glühöfensteuer mit 185 gegen 160